



## **Bericht und Beschlussempfehlung**

### **des Bildungsausschusses**

#### **Entlastung der Schülerinnen und Schüler im Rahmen des achtjährigen Gymnasiums**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/90

Änderungsantrag der Fraktion des SSW  
Drucksache 17/138

Der Bildungsausschuss hat zu den mit den ihm durch Plenarbeschluss vom 18. Dezember 2009 überwiesenen Anträgen Drucksachen 17/90 und 17/138 schriftliche Stellungnahmen eingeholt und sich mehrfach mit der Thematik befasst, zuletzt am 13. Januar 2011. In dieser Ausschusssitzung haben die Fraktionen von CDU und FDP mit Umdruck 17/1746 einen Änderungsantrag vorgelegt. Die Antragstellerin der Drucksache 17/90 erklärte die Ergänzung ihres Antrags um den Inhalt des Umdrucks 17/1746 und stimmte dem Beitritt der anderen genannten Fraktionen als Antragsteller zu.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der LINKEN und des SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 17/90 in folgender modifizierten Fassung anzunehmen:

#### **„Entlastung der Schülerinnen und Schüler im Rahmen des achtjährigen Gymnasiums**

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP  
Drucksache 17/90

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die zum laufenden Schuljahr seitens der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Entlastung der Schülerinnen und Schüler im achtjährigen Bildungsgang des Gymnasiums, insbesondere die Einrichtung von Intensivierungsstunden in der Sekundarstufe I, die Verringerung des Unterrichtsvolumens sowie der Anzahl der zu belegenden Fächer in der Sekundarstufe II, die Reduzierung der Zahl der

Klassenarbeiten sowie die Einrichtung von Lehrplankommissionen zur Erarbeitung neuer Kerncurricula für die Fächer Deutsch, Englisch und Mathematik in der Sekundarstufe I. Die Landesregierung wird gebeten, in der Kultusministerkonferenz darauf hinzuwirken, dass Anerkennungshürden für eine solche Entlastung beseitigt werden.“

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der LINKEN und des SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 17/138 abzulehnen.

Susanne Herold  
Vorsitzende